



**Jürgen Coße**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressestatement

### Zum Antrag auf Eröffnung eines Parteiverbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht gegen die AfD

Ibbenbüren, 30.01.2025  
Anlagen: Pressefoto

**Jürgen Coße, MdB**  
Wahlkreisbüro  
Breite Str. 5  
49477 Ibbenbüren  
Tel.: +49 (5451) 9979077  
juergen.cosse.wk@bundestag.de

**Pressekontakt**  
Dr. Marina Stalljohann-Schemme  
Tel. 0176 64853106  
Juergen.cosse.ma07@bundestag.de

„Ich bin sehr froh, dass wir heute im Bundestag über den Antrag auf Eröffnung eines Parteiverbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht gegen die AfD diskutiert haben. Ich unterstütze den Antrag und gehöre zu den Erstunterzeichnern. Mein Urgroßvater ist 1918 in die SPD eingetreten. Freiheit und Demokratie. Dafür werde ich weiter eintreten.

Die AfD stellt die größte Gefahr für unsere Demokratie dar. Schon einmal hat in Deutschland eine demokratisch gewählte Partei die Demokratie abgeschafft. Ich bin der Überzeugung, dass die AfD dieses Ziel verfolgt. Das kann man zum Beispiel daran erkennen, dass die AfD mit ihren Inhalten und Zielen gegen die Menschenwürde und das Demokratieprinzip verstößt.

Die AfD wendet sich gegen zentrale Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Das politische Programm der AfD verwendet einen national-völkischen Volksbegriff. Auf dieser Grundlage werden Menschen auf rassistische Weise unterschiedlich bewertet und behandelt. Vor allem die Rechte von Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit nicht-heteronormativer Sexualität will die AfD beschränken oder ganz beseitigen.

Die AfD spricht vom Jagen und Entsorgen politischer Gegner und lehnt unsere demokratischen Werte wie die Gleichheit und Würde aller Menschen ab. Sie fordert das „Abschaffen des Parteienstaates“. Das zeigt doch ganz klar, dass die AfD nicht auf der Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung agiert, sondern verfassungsfeindlich ist.

Unser Antrag ist ein wichtiger Schritt, weil er eine Überprüfung der AfD auf Verfassungsfeindlichkeit ermöglicht. Doch die Zeit drängt. Denn unser politisches System, unsere staatlichen Institutionen und die freie Presse sind unter Druck. Desinformation und Verschwörungstheorien sind auf dem Vormarsch. Und es scheint immer schwieriger zu werden, einen breiten demokratischen Konsens in der Mitte zu finden.



Es ist unerträglich mitzubekommen, wie diese Partei im Plenum des Deutschen Bundestages ihren Hass und ihre Hetze verbreiten darf. Dort, wo sie Einflussmöglichkeiten erhält, nutzt sie diese, um parlamentarische Prozesse zu blockieren oder verächtlich zu machen.

Eine politische Auseinandersetzung mit der AfD und eine juristische Prüfung ihrer Verfassungskonformität schließen sich nicht aus. Die politische Auseinandersetzung findet schon jetzt täglich auf allen politischen Ebenen in diesem Land statt: in Stadt- und Gemeinderäten, Kreistagen, Landtagen und im Bundestag. Dass das aber nicht reicht, zeigen nicht erst die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Es ist erschreckend, wie die starken Wahlergebnisse der AfD zunehmend normalisiert werden. Auch die Verschiebung des politischen Diskurses immer weiter nach Rechts zeigt den wachsenden Einfluss der AfD und dass politische Mittel alleine nicht reichen.

Daher müssen wir den Weg nach Karlsruhe frei machen.

Wir haben heute noch nicht über den Antrag sowie den Antrag der Grünen abgestimmt. Sie werden nun an den Ausschuss für Inneres und Heimat verwiesen. Es ist noch offen, ob noch vor der Bundestagswahl über die Anträge abgestimmt wird.“